

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Keine Zerstückelung des Gasnetzes – Gespräche mit Brandenburg aufnehmen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bei seinen Rekommunalisierungsbemühungen im Bereich Gasnetz Folgendes zu beachten:

1. Von einer Aufgliederung des Gasnetzes in Teilnetze ist abzusehen. Das Gasnetz der GASAG muss in seiner Gesamtheit bestehen bleiben.
2. Mit dem Land Brandenburg sind unverzüglich Gespräche über eine gemeinsame Netzstrategie im Bereich Gasnetz aufzunehmen.
3. Dem Land Brandenburg ist die Einbeziehung in die Verhandlungen bezüglich einer strategischen Beteiligung am Gasnetz anzubieten.

Begründung

In seiner Senatsklausur am 5. Mai 2015 beschloss der Berliner Senat, die Strategie einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung an der GASAG bzw. ihrer Netzgesellschaft zu verfolgen. Hierzu sollen Verhandlungen mit den derzeitigen Anteilseignern der GASAG aufgenommen werden, mit dem Ziel, einen maximalen Einfluss bei strategischen Rechten zu erreichen. Unabhängig von der Frage, ob der Erwerb der GASAG für die Verfolgung energiepolitischer Ziele notwendig ist, kann eine strategische Beteiligung am Gasnetz auch durch eine Über-

nahme der Netzgesellschaft (NBB) erreicht werden. Diese Alternative muss bei weiteren Überlegungen über einen strategischen Einfluss auf das Gasnetz beachtet werden. In beiden Varianten ist allerdings unabdingbar, dass das derzeit von der NBB betriebene Gasnetz in seiner Gesamtheit erhalten werden muss. Eine Aufgliederung des Netzes in Teilnetze und die hieraus resultierende Spaltung des Geschäftsfeldes der NBB ist gleichbedeutend mit einer Auflösung der bestehenden Synergieeffekte durch den Betrieb aller Netze. Dies hätte zur Folge, dass bestehende Strukturen durch ihren doppelten Bedarf (in Berlin und Brandenburg) neu aufgebaut werden müssen (Stichwort Leitwarte). Daneben wäre mit einem erhöhten Know-how-Verlust zu rechnen, der vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels, welcher in technischen Berufen besonders ausgeprägt ist, allenfalls zu deutlich erhöhten Kosten auffangbar wäre. Die Investitionsbedarfe, welche durch den Neuaufbau entstehen würden, wären derzeit nicht absehbar und stellen somit ein unkalkulierbares Risiko dar. Die Belassung des Gasnetzes in seiner Gesamtheit ist die wirtschaftlich sinnvollere Variante, da Aufbau-Investitionen und Know-how-Verluste überschaubar bleiben.

Die strategische Beteiligung am gesamten Gasnetz macht außerdem eine enge Abstimmung mit dem Land Brandenburg erforderlich. Durch den Erhalt des Gasnetzes in seiner Gesamtheit wäre das Land Berlin teilverantwortlich für die Daseinsvorsorge der Brandenburger Bürger. Eine stärkere energiepolitische Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg ist daher zwingend nötig. Das Land Berlin ist daher aufgefordert, mit dem Land Brandenburg Gespräche über eine gemeinsame Strategie bezüglich des Gasnetzes zu führen und eine gemeinsame Vorgehensweise bei der strategischen Beteiligung am Gasnetz zu erarbeiten. Bei den Verhandlungen mit der GASAG bzw. ihren Anteilseignern ist dabei sinnvollerweise die Einbeziehung des Landes Brandenburg zu berücksichtigen.

Berlin, den 19.05.2015

Mayer Delius Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion